

## «Die Analyse ist jetzt der erste Schritt»

Gemeindepräsident Hans-Peter Budmiger zum zurückgewiesenen Verwaltungsneubau «Widmen»

Ein voller Saal und ein klares Ergebnis. Die Abfuhr an der Gemeindeversammlung hätte kaum deutlicher sein können. Erstmals in seiner Zeit als Gemeinderat sah sich Hans-Peter Budmiger mit der Rückweisung eines Antrages konfrontiert. Nun sind er und seine Kollegen nicht nur gefordert, eine Alternative zum Neubau «Widmen» zu finden. Die seitliche Verschiebung macht auch eine Verlängerung der Übergangslösungen notwendig. Der Gemeindepräsident erläutert, wie er die Versammlung erlebt hat und was nun die nächsten Schritte sind.

« Ich stand auf einmal vor einer gewaltigen Wand.

Mit nun einigen Tagen Abstand betrachtet: Wie haben Sie die Gemeindeversammlung erlebt?

Mittlerweile muss ich sagen, dass es gelebte Demokratie war. Und es macht auch Freude, dass so viele Leute kamen und sich an der Diskussion beteiligt haben. Aber klar war ich nach dem zweiten Traktandum erschlagen. Weh tut mir vor allem, dass ich nicht so auftreten konnte, wie ich es von mir gewohnt bin. Ich stand auf einmal vor einer gewaltigen Wand und konnte meine Argumente nicht mehr vortragen, obwohl ich durchaus noch welche gehabt hätte.

Das klingt, als seien Sie auf dem falschen Fuss erwacht worden. Haben Sie denn nicht damit gerechnet, dass es Opposition gegen den geplanten Verwaltungsneubau geben könnte?

Direkt damit gerechnet nicht. Wir haben ja die Parteien miteinbezogen und die haben unser Vorhaben unterstützt. Man hat aber schon gespürt, dass es Leute gibt, die das Ganze nicht gut finden. Nur dass es dann eine solche Dynamik annimmt, das war schon überraschend. Das hat vielleicht auch mit Unmut über an-



Die vergangene Gemeindeversammlung kostete Hans-Peter Budmiger (stehend) sichtlich Energie.

dere Bauvorhaben der letzten Zeit zu tun. An der Versammlung hat sich dann alles entladen.

« Auf jeden Fall wollen wir uns die notwendige Zeit lassen.

Kritisiert wurde unter anderem die freihändige Vergabe an die Beeler AG und dass das Unternehmen gar keinen «richtigen» Architekten habe.

Wir haben schon vor einem Jahr, als der Projektierungskredit genehmigt wurde, gesagt, dass wir den Auftrag an Beeler vergeben. Die nun aufgetauchten Fragen hätte man also schon damals stellen können. Die Beeler AG hat Architekten. Sie haben vielleicht einen alternativen Bildungsweg genommen und daher nicht die allgemein bekannten Titel. Aber das Unternehmen kann so etwas bauen.

Der gesamte Bau geht nun zurück an den Absender. Wie geht es weiter?

Es ist schwierig, nach so kurzer Zeit schon etwas zu sagen. Wir sortieren uns noch und lassen alles wirken. Die Analyse ist jetzt der erste Schritt. Was war gut, was nicht? Dann geht es weiter in Richtung eines Projekts mit Architekturwettbewerb. Dabei stellt sich auch die Frage des Standorts wieder. Auf jeden Fall wollen wir uns die notwendige Zeit lassen.

Welche Standorte kämen dann jetzt in Frage?

Alle. In dieser frühen Phase können wir noch nicht konkret werden. Wir haben den Auftrag der Gemeindeversammlung verstanden und wollen uns nicht auf eine Lösung einschieseln. Deshalb müssen wir offen sein für alles. Auch mit Leodegar Huber (er möchte die Verwaltung in eine Überbauung beim Bahnhof integrieren, Red.) werden die das Gespräch suchen.

Mehr Zeit bedeutet auch, dass Übergangslösungen verlängert werden müssen. Wie könnten diese aussehen?

Da laufen jetzt die ersten Abklärungen, zum Beispiel mit dem Spital. Wir prüfen verschiedene Varianten und Örtlichkeiten. Das Ziel wäre, bis Mitte 2019 die Übergangslösungen festzulegen. Diese sollten über mehrere Jahre laufen, um genügend Zeit für den Neubau zu haben. Gleichzeitig sind wir das der Gemeindeverwaltung schuldig, damit sie nicht öfter als wirklich nötig umziehen muss.

Im Neubau war Platz für die Regionalpolizei vorgesehen. Was bedeutet die Ablehnung in dieser Hinsicht? Besteht gar die Gefahr, dass die Kantonspolizei nun doch nicht in Muri bleibt, weil sie das Gebäude mit der Regionalpolizei teilen muss?

Auch hier laufen Abklärungen. Aber der Kanton hat sich aufgrund von zwei Hauptargumenten für den

Standort Muri entschieden: Aus Zeitgründen der Finanzierbarkeit und weil er eigene Liegenschaften hat. Beides gilt weiterhin. Ich gehe davon aus, dass der Mietvertrag mit der Regionalpolizei spätestens Ende 2019 gekündigt wird. Bis dahin wollen wir eine Übergangslösung für Verwaltung und Polizei haben.

Für das Verwaltungsgebäude wurde vor einem Jahr ein Projektierungskredit gesprochen. Nun beginnt alles wieder von vorne. Sind die 150 000 Franken damit verloren?

Ein gewisser Teil davon schon. Aber vieles, das schon erarbeitet wurde, kann man in einem künftigen Projekt wiederverwenden. Es war also nicht alle Arbeit vergebens.

« Ich kann mir nicht vorstellen, dass es nicht teurer wird.

Ist damit zu rechnen, dass der Neubau nun teurer wird, um die Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es nicht teurer wird. Die abgelehnte Lösung war immer als Zweckbau deklariert. Vielleicht darf man nun bei der Gestaltung, vor allem platzmässig, grosszügiger sein. Das kostet mehr, man gewinnt aber auch an Qualität.

Sie haben sich in den letzten Tagen bestimmt Ihre Gedanken gemacht. Wie lautet Ihr Fazit?

Viele Fragen hätten bereits vor einem Jahr gestellt werden müssen. Aber lieber jetzt, als wenn der Bau schon steht. Ein gewisser Schaden ist da, es reist uns aber nicht in den Boden. An jenem Donnerstag ist auch etwas passiert, das in Muri etwas auslöst. Der Bevölkerung ist es offenbar wichtig, dass beim Bauen mit der nötigen Vorsicht agiert wird. Für die Zukunft ist das positiv.

Interview: Philipp Indermühle